

Italiens Wirtschaft zur Schuldenkrise**"Mehr arbeiten, weniger reden"**

Ein Interview von Anton Rainer

Der italienische Unternehmerverband rechnet mit der Regierung in Rom ab. Hier erklärt Generaldirektorin Panucci, was sich ändern muss - und warum selbst die Industrie die geplante Steuersenkung ablehnt.

Die EU-Kommission spricht eine letzte Warnung aus: Entweder Rom unternimmt ernsthafte Anstrengungen, seinen Schuldenberg von 132 Prozent des Bruttoinlandsprodukts abzubauen □ oder aber es drohen Milliardenstrafen. Dabei ist die Ankündigung eines **Defizitverfahrens** nur die jüngste in einer Reihe schlechter Nachrichten, die **Italien** seit vergangener Woche beschäftigen.

Am Freitag veröffentlichte das römische Statistikinstitut aktuelle **Wirtschaftsdaten**, das Wachstum im ersten Quartal musste nach unten korrigiert werden, auf 0,1 Prozent.

Am Montag kündigte der parteilose Premier **Giuseppe Conte** vorsorglich seinen **Rücktritt** an, sollten sich die beiden populistischen Regierungspartner nicht versöhnen.

Und in den Zeitungen wurden sogar schon mögliche Termine für Neuwahlen verhandelt.

Vor all diesen Querelen gab es genügend Warnungen, sehr oft kamen sie vom Unternehmerverband **Confindustria**. Ihr Präsident Vincenzo Boccia warnte vor "Wahltrunkenheit" in der Politik und warf Lega-Chef **Matteo Salvini** indirekt vor, mit seiner Sprache "gegen nationales Interesse" zu handeln. In der Tat leiden vor allem Italiens Unternehmen unter der politischen Unsicherheit. Öffentliche Bauten stehen still, private Investitionen stocken. Können die Strafmaßnahmen der EU noch abgewendet werden? Und welchen Einfluss hätten sie auf Italiens Wirtschaft?

SPIEGEL ONLINE: Frau Panucci, wie reagieren Italiens Unternehmen auf die drohenden Strafmaßnahmen durch die EU?

Marcella Panucci: Wir hoffen trotz allem, dass das Defizitverfahren noch irgendwie verhindert werden kann. Es wäre nicht gut für unser Land. Die italienische Regierung muss jetzt starke Signale in die richtige Richtung geben.

SPIEGEL ONLINE: Das sagt Ihr Verband seit Monaten, aber die Regierung hört Ihnen nicht zu. Warum?

Panucci: Es ist ja nicht so, dass man uns gar nicht wahrnimmt, es gibt durchaus einzelne Maßnahmen, die derzeit im Parlament behandelt werden. Etwa ein Dekret, um öffentliche Bauten und Ausschreibungen zu beschleunigen. Diese Maßnahmen haben aber nur einen marginalen Einfluss. Wir bräuchten jetzt eine Wirtschaftspolitik, die die Glaubwürdigkeit Italiens in Europa und gegenüber den Finanzmärkten verbessert und sich daran macht, den hohen Schuldenberg abzubauen.

SPIEGEL ONLINE: Was bedeutet die aktuelle Situation für Italiens Unternehmen?

Panucci: Der Mangel an Stabilität und Vertrauen der zukünftigen Politik sorgt für große Unsicherheit, das zeigen uns auch die Zahlen. Investitionen werden deswegen verzögert, wenn nicht sogar ganz gestoppt.

SPIEGEL ONLINE: Dabei will Lega-Chef Matteo Salvini dasselbe wie Sie: Steuern senken und die Wirtschaft in Schwung bringen. Wo ist das Problem?

Panucci: Wir haben absolut nichts gegen Steuersenkungen, Italien hat eine der höchsten Belastungen in Europa. Aber wir sind weitsichtig genug, um zu wissen, dass alles im Leben einen Preis hat. Wenn einer gewinnt, verliert ein anderer. Steuersenkungen müssen vernünftig und ausgewogen sein.

SPIEGEL ONLINE: Salvini träumt von einer Flat Tax von 15 Prozent.

Panucci: Wir brauchen eine Reform, die Belastungen ausgleicht und die Faktoren Arbeit und Produktion begünstigt. Wenn diese Flat Tax das alles erfüllt, gut. Ich erinnere aber daran, dass die italienische Verfassung eine progressive Besteuerung vorgibt und dass solche Umwälzungen viel Zeit brauchen, wenn man sie richtig machen will. Ich glaube nicht, dass das mit dem nächsten Haushaltsgesetz zu schaffen ist.

SPIEGEL ONLINE: Die Regierung gibt Europa die Schuld an der wirtschaftlichen Situation Italiens. Hat sie Recht?

Panucci: Nein, die Regierung sucht nach einem Alibi. Europa sind wir alle, Italien nimmt als Mitgliedsland an allen Entscheidungen teil. Dabei wäre die europäische Frage tatsächlich wichtig, wir bräuchten eine stärkere europäische Integration und einen Haushalt für die Eurozone. Bis jetzt wurde die Konstruktion durch Maßnahmen der Zentralbank zusammengehalten, während die Wirtschaftspolitik der Kommission noch immer viel zu schwach ist.

SPIEGEL ONLINE: Sind Sie von Ihrer Regierung enttäuscht?

Panucci: Wir sind weder enttäuscht noch enthusiastisch. Angekündigte Dinge sind toll, solange sie auch gemacht werden. Wir fordern: "Più fare che parlare" - mehr arbeiten, weniger reden.

SPIEGEL ONLINE: Ihr Verbandspräsident warf der Politik "Wahltrunkenheit" vor, und eine Sprache, die "Misstrauen sät". Was meinte er damit?

Panucci: Die Politik hat sich in den letzten Monaten nur dann um Konsens bemüht, wenn es um sehr kurzfristige Fragen ging, zum Beispiel um Migration. Das war einfacher, als sich um langfristige Probleme zu kümmern. Ich hoffe, dass sich die Regierung jetzt, nach der **Europawahl**, wieder auf wichtigere Dinge besinnt. Das betrifft auch die soziale Frage, die hohe Arbeitslosigkeit, die Probleme Süditaliens, die man nur mit mehr Wachstum lösen kann.

SPIEGEL ONLINE: Es gibt Leute, die von einem "verlorenen Jahr" sprechen.

Panucci: Ich bewerte so etwas nicht gerne, meistens lassen sich Fragen dieser Art erst mit einigem zeitlichen Abstand beantworten. Verloren ist das Jahr, wenn man weiter in die falsche Richtung geht.

URL:

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/italien-zum-defizitverfahren-mehr-arbeiten-weniger-reden-a-1271004.html>

Verwandte Artikel:

Regierungskrise in Italien: Ministerpräsident Conte droht mit Rücktritt (03.06.2019)

<https://www.spiegel.de/politik/ausland/italien-ministerpraesident-giuseppe-conte-droht-mit-ruecktritt-a-1270662.html>

Rückschlag für Salvini: Italiens Wirtschaft kommt nicht vom Fleck (31.05.2019)

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/italien-wirtschaft-stagniert-notenbank-kritisiert-regierung-a-1270237.html>

Manifest der Bosse: Italiens Wirtschaft rebellierte gegen die Regierung (05.12.2018)

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/italien-wirtschaftsverbaende-mobilisieren-gegen-die-regierung-a-1242025.html>

Zu hohe Staatsverschuldung: EU-Kommission empfiehlt Defizitverfahren gegen Italien (05.06.2019)

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/italien-eu-kommission-empfiehl-defizitverfahren-a-1270930.html>

© SPIEGEL ONLINE 2019

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung